

Total verplant

Wenig Einigkeit herrschte unter den TeilnehmerInnen der Konferenz „Total verplant“. Kaum verwunderlich bei Fragen, wie: Muss ein Plan den Markt ersetzen? Was bedeutete der "Marktsozialismus"? Was sind überhaupt "Planung" und "Markt"? Warum sind die Planwirtschaften gescheitert? Wo könnte der Platz eines linken Planungskonzeptes zwischen den eher technokratisch anmutenden Vorstellungen des "Computersozialismus" und den Vorstellungen eines unendlich scheinenden basisdemokratischen Abstimmungsprozesses einer "partizipativen Ökonomie" nach M. Albert zu finden sein? Wie hängen Planung und Wirtschaftsdemokratie zusammen?

Sich nach dem Scheitern bisheriger Projekte des real existierenden Sozialismus wieder an das Instrument der Planwirtschaft zu wagen, seine Tücken und Chancen auszuloten ist die Herausforderung dieses Wochenendes gewesen. Bei allen Unterschieden zwischen den TeilnehmerInnen war jenen aber eine Sache gemein, die sie in dieser Konstellation an einen Tisch brachte: die Unzufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftsform und dessen politischer Navigation. Die Veranstaltung begann mit einer Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen und Menschen, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln Planwirtschaft erlebt und gestaltet haben. Als World Cafe konzipiert konnten sich die TeilnehmerInnen auf unkonventionelle Art mit der Realität einer Variante der Planwirtschaft bekannt machen. Zu den GesprächspartnerInnen gehörten WissenschaftlerInnen (darunter auch VertreterInnen der linken DDR-Opposition), ein ehemaliger Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission der DDR, ein ehemaliger Betriebsdirektor und ein ehemaliger Mitarbeiter des ZK der SED. Viele der Fragen, die hier bereits diskutiert wurden, spielten auch im weiteren Verlauf der Veranstaltung eine wichtige Rolle.

Was macht Planwirtschaft so schwierig?

Der Plan an sich ist nicht das Problem, denn geplant wird in jedem Unternehmen und jeder Unternehmung: „Ich liebe es, wenn ein Plan funktioniert“, so stets Hannibal Smith nach Abschluss einer Action-Story in der amerikanischen Fernsehserie „Das A-Team“.

(http://de.wikipedia.org/wiki/Das_A-Team). Das Problem entsteht, wenn es um

Volkswirtschaftsplanung geht, die über die Formen der Regulierung von Konkurrenzverhältnissen im Kapitalismus hinausgehen soll.

Planung auf der Ebene der Gesellschaft bzw. der Volkswirtschaft ist also Ausdruck eines bestimmten Entwicklungsniveaus der Gesellschaft, eines bestimmten Grades der Vergesellschaftung: Planung wird im Laufe der Geschichte notwendig. Vor der Analyse stehen also zwei Aufgaben – es ist erstens die Frage zu beantworten, wie aus einer durch Markt und Konkurrenz geprägten Gesellschaft die gesellschaftliche Planung als Aufgabe erwächst und zweitens die Frage zu bearbeiten, wie in einer durch Planmäßigkeit charakterisierten Wirtschaft eine derartige Interessenkonstellation zu entwickeln ist, die Persönlichkeitsentfaltung der Einzelnen mit sozialer Gleichheit und nachhaltiger Entwicklung verbindet. Das wirft grundlegende theoretische Fragestellungen auf, die in einem größeren Block der Diskussion behandelt wurden.

Plan, Planmäßigkeit und Planung sind dabei sehr unterschiedliche Dinge. Ein Plan ist erst einmal nur ein Stück Papier, ein Produkt eines Planungsprozesses, in dem verschiedene Akteure der Gesellschaft ihre Interessen versucht haben, in Übereinstimmung zu bringen. Entscheidend für die

Tragfähigkeit, die Wirksamkeit eines Planes ist die Gestaltung und Organisation des Planungsprozesses selbst, dessen Funktionieren aber wiederum von der Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit, mit der die Akteure an diesem Prozess teilnehmen abhängig ist. Planung ist weiterhin Planung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die die Handlungsfreiheit der einzelnen Akteure von vornherein einschränkt. Und Planung ist mit ihren Auswirkungen auf die Verteilung von Produktionsanlagen, von Arbeitskraft und Konsumtionsmöglichkeiten auch ein Prozess, der wenigstens implizit immer auch soziale Konsequenzen hat.

Planung ist somit nicht einfach ein quantitativ bestimmten Kriterien folgender Verteilungsprozess von Geld- und Gütermassen, sondern tatsächlich ein politischer, sozialer und kultureller Prozess. Albert Einstein charakterisierte das damit verbundene Problem recht weitsichtig ausgehend von einer Kritik kapitalistischen Wirtschaftens folgendermaßen:

„Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant. Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die durchzuführende Arbeit unter all denjenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, dass die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer eigenen angeborenen Fähigkeiten einen Verantwortungssinn für die Mitmenschen entwickeln anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft.

Dennoch ist es notwendig festzuhalten, dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen. Sozialismus erfordert die Lösung einiger äußerst schwieriger sozio-politischer Probleme: Wie ist es angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Kräfte möglich, eine Bürokratie daran zu hindern, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt und dadurch ein demokratisches Gegengewicht zur Bürokratie gesichert werden?“

(http://www.laelius.de/de/texte/albert_einstein_warum_sozialismus.html)

Die Schwierigkeiten der Wirklichkeit

Der historische Beweis, dass eine Planwirtschaft einer Konkurrenzwirtschaft überlegen ist steht aus, auch wenn die Planwirtschaften des Realsozialismus zahlreiche vor allem soziale Probleme erfolgreich lösen konnten; sie konnten eines nicht erreichen – soziale und politische Stabilität. Nun könnte man sagen, dass dies nicht an der Planwirtschaft gelegen habe, sondern an bestimmten politischen Bedingungen. Dies sei dahingestellt – es gab nur die Planwirtschaften in den jeweiligen Politischen Systemen. Art der Planung und Art der Machtausübung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Mehr noch - Planung ist Machtausübung in einem zentralen Bereich der Gesellschaft. Dies ist übrigens im Realsozialismus auch nie bestritten worden.

Die Defizite der Realität sind bekannt und wurden auf der Tagung entsprechend breit besprochen. Identifiziert wurden auf der Tagung als Schwachstellen bisheriger Modelle der Planwirtschaft auch nicht der Plan an sich, sondern Faktoren wie Demokratiedefizite bei Entscheidungsprozessen,

einheitliches Denken, sowie fehlende Freiheit und Handlungsautonomie. Schwer lösbar erscheint das Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Autonomie der Wirtschaftssubjekte und die vorhandenen Interessenwidersprüchen zwischen den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung und den Wirtschaftsinteressen der Betriebe, so Klaus Steinitz. Kann ein einziger großer Plan, den individuellen Bedürfnissen wirklich gerecht werden? fragte auch Reinhart Kößler. Steinitz wie auch später Bernd Gehrke verwiesen dabei auf eine wichtige Ausgangsfrage. Plan und Markt seien verschiedene Formen, in denen sich der gesellschaftliche Charakter der modernen Produktion durchsetze. Gleiches gelte sinngemäß für das Verhältnis von Wettbewerb und Konkurrenz (Gehrke). R. Kößler verwies darauf, dass der industrielle Großbetrieb bereits als Inbegriff von Planwirtschaft unter dem Diktat des Kapitals zu sehen sei. Er formulierte die These, dass die reale Planwirtschaft die Verlängerung der Despotie des Betriebs in die Gesellschaft war. Diese Aussage belegte er mit frühen Planungsvorstellungen in der ArbeiterInnenbewegung, die genau hier ansetzten – und auch nur hier ansetzen konnten. Der in der Realität erlebten Anarchie kapitalistischen Wirtschaftens standen die ebenfalls erlebten hochrationellen Prozesse in den einzelnen Unternehmen gegenüber – was lag also näher, als diese Prinzipien auf die Volkswirtschaft zu übertragen? In der Praxis sollte sich dann aber erweisen, dass eine Volkswirtschaft eben nicht einfach nur ein großer Betrieb ist.

Wir sind also mit verschiedenen Ebenen des Problems konfrontiert:

- die Frage nach den Akteuren der Wirtschaft und ihren Interessen (warum sollen sie sich auf Planung einlassen – und dann auch noch innovativ sein?)
- die Frage nach den Planenden (was legitimiert sie, welche Interessen verfolgen sie – sei es im Sinne einer abgesonderten Behörde oder auch in einem Betrieb mit dieser speziellen Arbeit betraut)
- die Frage nach dem Planungsprozess (wie wird erreicht, dass sich die Gründe, warum Akteure sich einer planmäßigen Leitung der Wirtschaft unterwerfen sollten, bestätigen und verstärken)

Planung, genauer an dieser Stelle die Volkswirtschaftsplanung, und ihre Widersprüche sind nur aus dieser gesellschaftlichen Einbettung zu verstehen. Planung müsste also so angelegt sein und Planende müssten sich so verhalten, dass sie kooperativ zusammenwirken und füreinander Verantwortung übernehmen. Planung müsste Spielräume für Innovation, Veränderung und kulturelle Spontaneität bieten. Selbstbestimmung, Entfaltung von Individualität und Selbstorganisation auf der einen Seite und gesellschaftliche Rationalität, Planbarkeit, soziale Gerechtigkeit auf der anderen Seite bildeten einen Widerspruch, der praktisch nicht gelöst werden konnte und der in der Theorie bis heute auch nicht aufgelöst ist.

Naturgemäß spielte dieser Widerspruch vor allem in der Anfangsphase der Entwicklung sozialistischer Planwirtschaft in der Sowjetunion der zwanziger Jahre eine große Rolle. Mit diesem Aspekt befassten sich Maja Soboleva und Kerstin Bischl. Soboleva gab einen Überblick über die theoretischen Vorstellungen A. Bogdanovs, Bischl sprach über Rolle und Charakter der Planung unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik.

Soboleva sprach über die Vorstellungen Bogdanovs zu einer geplanten Gesellschaft, wie sie in seiner „Allgemeinen Organisationslehre“ (Tektologie) von ihm beschrieben wurden. Diese Konzeption, die in wesentlichen Punkten die Kybernetik vorwegnimmt, beinhaltete die Rationalität, die geregelte

bewusste, kollegiale Zusammenarbeit als zentrales Element. Er ging davon aus, dass eine Regulierung sozialer Prozesse möglich sei. In den Entwicklungen des Kapitalismus sah Bogdanov dahingehend ein revolutionäres Potenzial. Dies sei allerdings nur eine Bedingung für eine rationale Regulierung. Bevor das Proletariat nicht einen Prozess der Selbsterziehung zu Freiheit und Verantwortung (Klassenbewusstsein) durchgemacht habe, sei kein Sozialismus möglich. Die Enteignung der Produktionsmittel komme erst danach. Entsprechend räumte er der kulturellen Bildung einen hohen Stellenwert ein.

Bei der Regulierung der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in der Gesellschaft spielt der Staat bei Bogdanov eine zentrale Rolle. Dabei ginge es vor allem um die Wahrung des Gleichgewichts und der Proportionalität zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen. Dazu sollte der funktionale Kettenzusammenhang zwischen den verschiedenen Produktionszweigen ermittelt werden und davon ausgehend eine Optimierung des wirtschaftlichen Ganzen (statt Maximierung) erreicht werden. Zu klären seien dabei Fragen, wie die nach den Wegen einer wissenschaftlichen Regulierung von Arbeit und die Erfassung der menschlichen Bedürfnisse als Zentrum der Regulierungsprozesse.

Die Auffassungen Bogdanovs stellten allerdings nur eine Facette der Diskussionen in den zwanziger Jahren dar. Obwohl sie diese Diskussion nicht vordergründig prägten, waren sie doch Ausdruck einer Strömung im sowjetischen ökonomischen Denken, die eher untergründig fortwirkte. Praktische Bedeutung hatten diese Ideen, ob nun unmittelbar von Bogdanov beeinflusst oder nicht, in einem Instrument der Planung, der Bilanzierung. Bemerkenswerter Weise wurde die Tektologie von Bogdanov im Jahr 1989 durch einen der führenden Ökonomen der Reformperiode, Leonid Abalkin, wieder herausgegeben.

Kerstin Bischl befasste sich in ihrem Beitrag mit der widersprüchlichen Politik in der Phase der NÖP. Eigentliche Intention der NÖP war die Entwicklung eines ökonomischen Interesses breiter Teile der Bevölkerung an der Steigerung der Produktion in allen Bereichen. Nach der Oktoberrevolution kam es zu einem blutigen Bürgerkrieg (1918-1922), in dem die Sowjetmacht durch den wirtschaftspolitischen Kurs des Kriegskommunismus alle Ressourcen entsprechend den Bedürfnissen des Militärs konzentrierte. Unter dem Druck der weißen Konterrevolution sowie der Interventionstruppen aus verschiedenen Entente-Staaten reduzierte sich das Gebiet der Sowjetmacht auf einen kleinen, im europäischen Teil Russlands liegendes Gebiet. Das führte zu katastrophalen Verhältnissen in der Industrie, da Brenn- und Rohstoffe damit nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung standen. Zu den ergriffenen Maßnahmen gehörte die administrative Verteilung von Gütern und die zentrale Lenkung von Arbeitskräften. Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten wurden enteignet, landwirtschaftliche Produkte wurden der Zwangsbewirtschaftung unterworfen. Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden naturalisiert, d.h. das z.B. Löhne in Naturalien ausbezahlt wurden. Nicht verkannt werden darf, dass diese Jahre auch Jahre äußerster Aufopferung vieler ArbeiterInnen und BäuerInnen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft waren. So wurden in diesen Jahren die Subbotniks als freiwillige Arbeitseinsätze begründet. Nach diesen Jahren ging es um eine grundlegende Rekonstruktion von Wirtschaft und Gesellschaft, um ihre Modernisierung: Alphabetisierung, Elektrifizierung, Sesshaftmachung, Durchsetzung von Hygienestandards etc. In diesem Sinne sollte eine ganze Gesellschaft geplant werden. Dazu brauchte es Modelle für Lebensmuster, die planbar/gestaltbar waren. Dies wurde versucht, mit einer Planung von oben zu

erreichen: Die Praxis der Fünfjahrpläne stellte sich schließlich als despotische Herrschaft dar. Es wurde keine Rücksicht mehr auf Interessen von Regionen und „Beplanten“ genommen. Die NÖP lief in Arbeitszwang, Bürokratisierung und kulturellen Backlash (rigide Familienpolitik, konservatives Frauenbild) aus. Dazu kam die Zwangskollektivierung nicht partizipationswilliger Bevölkerungsgruppen (Kleinbauern, Kulaken). Es bildeten sich wechselseitige Abhängigkeiten im Netzwerk der Machtcluster heraus, die Eigenverantwortung und unkonventionelle Entscheidungen immer weiter erschwerten. Daran schlossen inhaltlich Klaus Steinitz und Bernd Gehrke an, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Probleme der Planwirtschaft in der DDR beleuchteten.

Klaus Steinitz stellte an den Ausgangspunkt seiner Überlegungen folgende Frage: Konnte dieses Planungsmodell der zentralistischen Staatsplanung Grundlage für eine emanzipatorische Gesellschaft sein? Aus seiner Sicht blieben in den realsozialistischen Volkswirtschaften zwei Grundanforderungen unerfüllt: 1. Die Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung aller BürgerInnen an der Planung und 2. eine dem Kapitalismus überlegene Effizienz und Rationalität.

Dies sei, so Steinitz, nicht aus der Planung als solcher abzuleiten, sondern immer nur vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Gesamtsystems zu verstehen. Das letztlich Wichtigste war: Die Verfügung über die Ressourcen, vor allem Entscheidungen über den Einsatz und die Nutzung der für die Menschen, für ihr Leben und ihre Arbeit entscheidenden Ressourcen, waren der demokratischen Mitwirkung und gesellschaftlichen Kontrolle im wesentlichen entzogen. Das zeigte sich u.a. auch darin, dass Verbesserungen im Leben der Menschen, z.B. Rentenerhöhungen, Verbesserungen für Familien mit Kindern u.a., nicht als Ergebnis demokratischer Entscheidungen, die durch die ökonomischen Ergebnisse der Arbeit der Werktätigen möglich wurden, sondern als „Geschenk“ der Partei- und Staatsführung dargestellt und auch faktisch behandelt wurden.

Gleichzeitig sprach sich Steinitz dafür aus, diese Entwicklungen in ihrem historischen Zusammenhang zu verstehen. Planung und Planwirtschaft entwickelten sich im Umfeld einer harten Systemauseinandersetzung.

Nach einer ausführlichen Analyse der Planungsprozesse in der DDR formulierte Steinitz abschließend eine Reihe von Schlussfolgerungen für eine künftige Planwirtschaft:

1. Sie sollte vor allem als *eine makroökonomische Planung und als komplexe Planung wichtiger Struktur- und Innovationsprozesse zur Erfüllung sozialer und ökologischer Ziele und nicht als verbindliche Festlegung von Einzelprozessen und detaillierten Produktionsaufgaben der Wirtschaftseinheiten* realisiert werden.
2. *Demokratisierung und Transparenz von Entscheidungsprozessen, eine wirksame Produzentendemokratie* sind unverzichtbar für die Wirtschaftsplanung in einem Demokratischen Sozialismus. Die Befreiung volkswirtschaftlicher Entscheidungen von Subjektivismus setzt voraus, sie stärker durch *aussagefähige gesamtwirtschaftliche Rechnungen zu untersetzen*.
3. Die Planung muss darauf gerichtet werden, die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten so zu qualifizieren, dass die *Betriebe einen größeren Spielraum für die Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses und für unternehmerisches Handeln erhalten, und es in ihrem Interesse liegt, einen optimalen Beitrag für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Zielstellungen und zur Einhaltung der Kriterien sozialer und*

ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten. Den kollektiven, gemeinsamen Interessen der Belegschaften der Betriebe müsste im Verhältnis zu den individuellen Interessen ein größeres Gewicht zukommen

4. Die Wirtschaftsplanung sollte *die realen Ware- und Wertkategorien konsequent nutzen.* Die Verwendung des Mehrprodukts muss sichern, dass durch Umverteilung die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden. Zugleich gilt es solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es *den Betrieben ermöglichen, über einen größeren Teil des Mehrprodukts zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verfügen, d.h. über dessen Einsatz eigenverantwortlich zu entscheiden.*
5. Ein *leistungsfähiges und transparentes Informationssystem* müsste so entwickelt werden, dass die für ein richtiges und rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und neue Erfordernisse notwendigen Informationen rechtzeitig und in einer hohen Qualität zur Verfügung stehen sowie mit Hilfe einer leistungsfähigen Informationstechnik zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Treffen von Entscheidungen verarbeitet werden können.
6. Umfang und Inhalt der Kennziffern und Bilanzen sowie die Aufgaben der verschiedenen Ebenen im Planungsprozess müssten in ständiger Auswertung praktischer Erfahrungen und Ergebnisse geprüft, korrigiert und weiterentwickelt werden. *Die Offenheit der Planungs- und Regulierungsweise für neue Erfahrungen und Erkenntnisse entscheidet in hohem Grade über deren Wert und Nutzen. Letzten Endes kann eine demokratische Planung nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, Machtkonzentrationen der Wirtschaft ebenso wie der Politik, wie einer „führenden Partei“, zu überwinden und ihr Neuentstehen zu verhindern, mit anderen Worten die gesamte staatliche Tätigkeit zu demokratisieren, den Staat, wie Karl Marx gefordert hat, in die Gesellschaft zurückzuholen.*

Bernd Gehrke befasste sich in seinem Beitrag mit dem Verhältnis von Verstaatlichung und Vergesellschaftung. Er vertiefte in diesem Zusammenhang die Sichtweise auf die Widersprüche des Realsozialismus, die auch die sozialistische Planwirtschaft prägten. Ebenfalls Bezug nehmend auf die zwanziger Jahre stellte er fest, dass keine ProduzentInnen-Demokratie verwirklicht wurde, sondern in der Planwirtschaft neue Herrschaftsform entstanden. Produzentendemokratie beschrieb er als das Fehlen einer Trennung zwischen Arbeitenden und ProduktionsmittelbesitzerInnen, Freiheit von Fremdbestimmung durch eine wie auch immer sich legitimierende Elite. Er charakterisierte die Entwicklung in der UdSSR als Übergang von einer agrarischen zu einer industriellen Despotie, von einem Prozess der inneren Kolonialisierung innerhalb der UdSSR, die sich in einem Bürgerkrieg gegen die Bauernschaft, „bloody taylorism“ (Disziplinierung) und Sklavenarbeit im Gulag sowie Fesselung der Arbeitskraft an die Scholle oder die Fabrik (Bsp. Pässe) äußerten. Dabei war die Arbeiterselbstverwaltung immer Thema der Opposition, innerhalb der Partei und des Betriebs, auch gesellschaftlich (Bsp. Jugoslawien, später Polen). Zentral für den Charakter einer Planwirtschaft sei dabei, „entfremdete Arbeit“ zu überwinden. Ein Weg dazu sei die Anwendung von Methoden indikativer Planung gegenüber denen direkter Planung (letztere dominierten die planwirtschaftliche Praxis).

Mit einem derartigen neuen Ansatz seien aber wichtige Fragen nicht automatisch gelöst. Funktionierende Ökonomie braucht z.B. motivierte Subjekte. Eine zentrale Frage sei, ob Menschen nur auf Druck von außen motiviert werden können bzw. wie auf anderen Wegen Aktivität und Schöpferfertigkeit befördert werden können. Hier sei wichtig, das Verhältnis von Planwirtschaft, Markt und Staat zu thematisieren. Dabei gelte es, sich mit dogmatischen Vorstellungen verschiedener Art auseinanderzusetzen. So zeugten Staats- wie auch Marktapologetik gleichermaßen von autoritären Denkmustern. Die dogmatische Vorstellung einer Einheit von Markt und Effizienz sei genauso abzulehnen, wie die Vorstellung einer zentral geplanten Wirtschaft sei fähig, alle Probleme von oben zu lösen. Zu fragen sei, wie sich Markt und Planwirtschaft in einer ProduzentInnen-Demokratie tatsächlich zueinander verhalten können.

Den Kapitalismus bändigen oder Alternativen denken?

In einem weiteren Komplex von Beiträgen ging es um die Auseinandersetzung mit theoretischen Konzeptionen, die neben der planwirtschaftlichen Realität, teilweise auch in Abgrenzung zu dieser, entwickelt wurden und werden.

Ingo Stützle unterzog in seinem Beitrag Vorstellungen, man könne eine Planwirtschaft auf der Basis eines direkten Produktaustausches entwickeln, einer umfassenden Kritik. Er nahm dabei direkten Bezug auf Konzeptionen u.a. von Heinz Dietrich, Arno Peters oder auch Paul Cockshott und Allin Cottrell. Stützle griff damit aber auch ein Problem auf, das eigentlich bis zum Ende des Realsozialismus Gegenstand intensiver Debatten war – die Rolle der Ware-Geld-Beziehungen, überhaupt die Rolle und der Charakter des Geldes oder die Konsequenzen, die sich aus der Bestimmung sozialistischer Wirtschaft als Form der Warenproduktion ergeben. Der Referent verwahrte sich dagegen, für die Theorie der Äquivalenzökonomie, also einer auf direkter Wert- (genauer Zeit-)Messung beruhenden Wirtschaftsweise, Marx als Kronzeugen heranzuziehen. Vielmehr habe gerade Marx sich intensiv mit derartigen Vorstellungen auseinandergesetzt.

Das Spezifische der kapitalistischen Produktionsweise sei nicht nur, dass der unmittelbare Zweck der Produktion der Profit ist und nicht etwa ein möglichst gutes Leben für alle, sondern auch, dass die produzierten Gebrauchswerte als Gebrauchswerte für andere hergestellt werden. Ob aber dieses oder jenes Produkt für andere einen Gebrauchswert hat, es also nicht nur Produkt sondern auch als Ware einen Abnehmer findet, stellt sich erst im Nachhinein heraus. Während also in einer Planwirtschaft geplant werden soll, was produziert wird, findet im Kapitalismus genau das Gegenteil statt. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion stellt sich erst ex post ein – auf dem Markt über das Geld. Und das sei Marx' zentraler Punkt: Dass Produkte den Charakter von Waren und Werten annehmen ist die Form, in welcher der gesellschaftliche Charakter der Produktion hergestellt wird. In der Produktion kommt der Wert zwar "in Betracht", wie Marx schreibt, der Wertcharakter eines für Markt produzierten Produkts erhält es jedoch erst im Austausch und in einem realen Bezug auf Geld. Geld stellt Marx zufolge die unmittelbare Existenz des Werts dar und Geld besitzt die Form unmittelbarer Austauschbarkeit. Und erst in Bezug auf das Geld, das für alle Waren etwas Gleiches und ihnen Gemeinsames ausdrückt und unmittelbar ist, nämlich Wert, können sich die Waren als Werte aufeinander beziehen. Marx' radikale Schlussfolgerung sei deshalb auch: Selbst wenn der Wert in der Produktion in Betracht kommt, jedoch nicht gegen Geld ausgetauscht wird, bleibt dann Produkt, ist

nicht Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, wird nicht zur Ware und hat auch keinen Wert. Wenn also, so die Schlussfolgerung, ein Produkt als Ware produziert wird, kann ihr Wert nicht in der Produktion gemessen werden. Wie aber nun Produkte als Nicht-Waren in der heutigen Zeit in einer hochvergesellschafteten Produktion hergestellt werden können, ist das eigentliche und ungeklärte Problem. Hier, also auf der Ebene der Gestaltung der Arbeitsteilung, muss der Ansatz für Alternativen gesucht werden. Folgt man den Ausführungen Ingo Stützles, so sind Geld, Markt- und Warenbeziehungen auch organischer Bestandteil einer Planwirtschaft auf der gegebenen Stufe gesellschaftlicher Arbeitsteilung.

Michael Krätke griff die Frage nach der Rolle des Marktes in der heutigen Gesellschaft bzw. in einer möglichen zukünftigen Planwirtschaft auf und knüpfte daran eine Reihe von Problemstellungen. Er stellte die Frage, inwieweit Veränderungen des Marktes selbst Möglichkeiten einer schrittweisen Überwindung der kapitalistischen Marktwirtschaft schaffen. Er verwies dabei auf Tendenzen der Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft in den 50er und 60er Jahren, die jetzt allerdings in eine Rekommodifizierung umgeschlagen sind. Auch sei es legitim, bestimmte strategische Bereiche den Marktbeziehungen zu entziehen. In gleiche Richtung könnte eine Demokratisierung der Investitions- und Allokationsentscheidungen weisen. Auf jeden Fall aber müsste auch unter Marktbedingungen eine sozialistische Planung mit einer sozial-transparenten Gesamtrechnung verbunden sein, in der sich eine Gesellschaft Rechenschaft über ihre Effizienz ablegt. Marktprozesse müssten stärker „politisiert“ werden: dazu gehöre es, demokratische Kontrollinstanzen zu schaffen. Beispielsweise könnten Betriebs- und Investitionskredite gemäß eines Plans zentral vergeben und das Was und wie der Produktion dezentralisiert entschieden werden. So wäre man etwa bei einem Modell von Produzentenkollektiven als wirtschaftlichen Akteuren.

Hier müssten auch die Maßstäbe für die Kontrolle der Regulierenden liegen.

In der folgenden Diskussion wurde angemerkt, dass Wirtschaftsdemokratie in dem von Krätke skizzierten Sinne einen radikalen Abschied vom bürgerlichen Staat und eine Erweiterung liberaler Rechte erfordere. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik sei vor diesem Hintergrund neu zu bestimmen. Dieser Gedanke wurde von R. Kößler unterstützt. Er forderte, die Herrschaftsproblematik ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Herrschaft sei auch in den Arbeitsprozesse eingeschrieben und dies sei eine Grundlage der Entstehung des Stalinismus als Herrschaftssystem gewesen. Es müssten also nicht nur die Eigentumsverhältnisse etwa im Wege der Verstaatlichung verändert werden, sondern auch Machtverhältnisse in anderen Bereichen, eben vor allem am Arbeitsplatz. Planung ist also, so die Konsequenz, nicht einfach eine Frage der Gestaltung der Verteilung, sondern auch eine Angelegenheit der Gestaltung der Bedingungen, unter denen produziert wird.

Weiterhin wurde in der Diskussion an dieser Stelle festgehalten, dass alternative Wirtschaftsformen demokratische Entscheidungen zulassen und die Gestaltung Effizienz, Produktivität und Rationalität im Dienste der Bedürfnisbefriedigung und im Sinne ökologischer Bedürfnisse, jenseits von Rendite und Profitmaximierung beinhalten müssten. Die „gute Wirtschaft“ hänge damit vor allem mit der Frage der Form politischer Herrschaft zusammen.

Damit wurde die Frage nach der Gestaltung des Überganges zu bestimmten Formen von Planung, die dem genannten Kriterium entsprechen, aufgeworfen. Die Diskussion dieser Frage war Gegenstand des Beitrages von Ralf Hoffrogge. Das von ihm analysierte Modell des "Reinen Rätessystems"

entstand Anfang 1919 aus den Erfahrungen der Massenstreiks gegen den Weltkrieg und der Praxis der revolutionären Arbeiterräte nach der Novemberrevolution. Planwirtschaft als Räte­demokratie ist die Kernformel dieses Modells, dass in der Konstituierungsphase der Weimarer Republik maßgeblichen Einfluss hatte. Obwohl das von Richard Müller in diesem Zusammenhang entwickelte Schema in seiner Einfachheit mehr Fragen aufwirft als beantwortet, macht es doch klar, wie offen und umkämpft Begriffe wie Planwirtschaft, Sozialisierung aber auch Sozialismus und "Diktatur des Proletariats" in der revolutionären Welle von 1917-1923 waren.

Das Reine Räte­system war durch eine Doppelstruktur von wirtschaftlichen und politischen ArbeiterInnenräten charakterisiert. Erstere wurden in den Betrieben, letztere auf der territorialen Ebene gewählt. Politische wie auch wirtschaftliche Macht sollten durch die Räte übernommen werden, die Trennung von Legislative und Exekutive aufgehoben werden. Alle Räte sollten jederzeit wählbar und abwählbar sein. Durch beständige Koordinierung und Abstimmung zwischen den Räten der verschiedenen Ebenen und Regionen sollte eine Planung der Produktion erreicht werden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprach. Hoffrogge betonte, dass der eigentliche Planungsprozess in diesem Konzept nicht ausgearbeitet wurde und hier sicher einer der Schwachpunkte des Konzeptes liege. Aber es wurden Fragen gestellt, die in der späteren Zeit andere Autoren dazu ermutigten, die Frage nach räte­basiertem Wirtschaften immer wieder aufzugreifen. Silke Meyer ging die Frage des Übergangs in der Gegenwart und aus einem anderen Gesichtswinkel an. Sie untersuchte, inwieweit freie Software und die hier unter dem Namen peer production etablierte Form von Wirtschaften und Kooperation tatsächlich „subversive“ Potenziale in sich birgt. Das Ergebnis ihrer Analyse zeigte, dass auch hier trotz eines basisdemokratischen und kooperativen Anspruches immer wieder Machtverhältnisse reproduziert werden. Die Aufarbeitung dieser Widerspruchskonstellation sei auch unter dem Gesichtspunkt der Nutzung der Erfahrungen dieser Art des Produzierens als Ausgangspunkt für Verallgemeinerungen in anderen Bereichen eine noch zu leistende Aufgabe.

Mehr Fragen als Antworten

Nach der zweitägigen Diskussion war klar, dass die Frage nach der Bewegungsform einer zukünftigen Gesellschaft und der Wert der Erfahrungen der realen Planwirtschaften für die Konzipierung dessen noch vieler Diskussionen bedarf. Das Wissen um die Mängel der realsozialistischen Planung produziert nicht automatisch Wissen darum, wie man es besser machen könnte. Und das politische Wollen einer besseren Welt ist nicht identisch mit der Fähigkeit, diese auch ökonomisch zu ermöglichen. So wurde denn auch berechtigt die Frage gestellt, ob überhaupt der Begriff der Planwirtschaft für eine künftige Regulierungsweise tragfähig sei. Wie verhält sich unter diesem Gesichtspunkt das Denken in den Bahnen einer Planwirtschaft zu der Vorstellung einer Assoziation freier Individuen, wie schafft Planwirtschaft nicht nur eine neue Qualität gegenüber dem Kapitalismus, sondern schafft auch Voraussetzungen für die eigene Aufhebung, für den Übergang zu Formen direkten Austausches, ohne das Dazwischentreten von Geld und Markt? Genug Fragen also, die in weiteren Veranstaltungen dieser Art diskutiert werden müssen.